

■ Editio



Darf ich mich kurz vorstellen? Ich bin seit dem 17. April 2018 die neue Präsidentin der FDP Sense. Was ich in dieser Funktion verändern oder erreichen möchte?

Eines meiner wichtigsten Ziele ist es, dass sich die Sektionen besser kennenlernen und über die Tätigkeiten und politischen Anlässe der anderen Sektionen informiert werden. Auch soll der Sensebezirk bei der Kantonsparterie bekannter gemacht werden.

In Zeiten, in denen viele Menschen schon mit Berufs- und Familienleben aus-, ja sogar überlastet sind, ist es schwierig neue Mitglieder zu finden. Dies ist dann nur möglich, wenn die Sektionen in ihren Dörfern überzeugen und die interessierten Leute ansprechen. Nur so kann die Partei weiter bestehen und eine liberale FDP Politik leben.

2019 stehen die National- und Ständeratswahlen bevor. Ich darf mich als Kandidatin auf der Nationalratsliste präsentieren und freue mich sehr auf diese Herausforderung.

Zuletzt möchte ich es nicht unterlassen allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches neues Jahr 2019 zu wünschen.

Eure Präsidentin
Isabelle Portmann

Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung

Abstimmung vom 10. Februar 2019

Am 10. Februar 2019 soll das Schweizer Volk über die Zersiedelungsinitiative abstimmen. Sie hat zum Ziel, die Zersiedelung wirksam zu stoppen, in dem die Bauflächen nicht weiter vergrössert werden dürfen.

Das zentrale Element in dieser Initiative soll eine nachhaltige Siedlung sein mit vielen Grünflächen und möglichst wenige Parkplätze. Ausserdem soll die schöne Landschaft in der Schweiz, unsere Lebensqualität, geschützt werden.

Die Initiative will

- ◆ die Gesamtfläche der Bauzonen auf dem heutigen Stand einfrieren;
- ◆ mögliche Ausnahmen abschliessend in der Verfassung festschreiben;
- ◆ die Bautätigkeit noch stärker kontrollieren und die Bauflächen auf die Grösse beschränken, welche bis in 15 Jahren statistisch berechnet gebraucht werden.

Was spricht gegen diese Initiative? Diese Meinung vertritt auch der Bundesrat sowie der National- und Ständerat.

1. Die Revision des Raumplanungsgesetzes bekämpft schon genug die Zersiedelung. Wer als Gemeinderat tätig ist, hat diese Veränderung sicher schon bemerkt. Bauzonen wurden hier schon wesentlich verkleinert.
2. Die Initianten dieser Initiative übergehen die Bedürfnisse der Bevölkerung, gewisser Gemeinden und der Wirtschaft. Es straft Kantone und Gemeinden, welche vorsorglich Bauzonen geschaffen haben.
3. Diese Initiative ist kontraproduktiv. Es könnte sein, da weniger Bauland geschaffen wird, dass in abgelegenen Orten gebaut wird und so die Zersiedelung noch vorangetrieben wird.
4. Es kann keine massgeschneiderten Lösungen geben. Die Bauzonenein-

teilung wird sehr zentralistisch gehandhabt. Das heisst, Gemeinden und Kantone können keine individuellen Lösungen anbieten.

5. Es schadet auch der Landwirtschaft: Geflügelhallen und Gewächshäuser dürfen nicht mehr auf Landwirtschaftsland gebaut werden, sondern müssen in teure Bauzonen umgesiedelt werden.

Es ist wichtig, dass der Bund und die Gesetze die Natur und die Landwirtschaft schützen. Dem wird aber mit der Revision des Raumplanungsgesetzes nicht genug Folge geleistet. Die Initiative – wie in den obigen Argumenten erwähnt – geht zu weit und lässt keine individuellen Anpassungen und Lösungen zu.

■ Die FDP Sense empfiehlt die Initiative der jungen Grünen abzulehnen.

Aufruf



Wer kommt mit in die SRF-Sendung ARENA?

Am Freitag, 26. April 2019 haben wir eine begrenzte Anzahl Plätze in der SRF-Sendung ARENA im Fernsehstudio in Zürich. Das Thema wird erst zwei Tage vor der Sendung bestimmt. Es ist gut möglich, dass es sich um eine AbstimmungsARENA handelt.

Gemeinsame Fahrt nach Zürich Leutschenbach mit den SBB um 15.04 Uhr ab Freiburg oder um 15.32 Uhr ab Bern. Die Sendung wird um 18.00 Uhr aufgezeichnet. Wir sind um ca. 23.00 Uhr wieder zurück. Interessenten melden sich bitte bei Nicolas Bürgisser unter nicolas.buergisser@bulliard.ch.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Editio
- 1 Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung
- 2 Was will ich im Nationalrat bewirken?
- 2 Wenn die Politik den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen entzieht
- 3 Der unvollendete Autobahnanschluss
- 4 Düdingen am Scheideweg – oder es gibt nur günstigen Wind für den, der weiss, in welche Richtung er segeln will?
- 4 Schulausflüge und Schulmaterial – wer soll denn das bezahlen?

Was will ich im Nationalrat bewirken?

Mein Beruf – aber auch meine Leidenschaft – gilt der Bildung und der Kultur. In diesem Bereich möchte ich im Nationalrat mithelfen das duale System zu fördern und zu verbessern, denn Veränderungen sind notwendig, um das Ganze zu optimieren. Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Berufsmatura und mit ihr die verschiedenen Formen der Weiterbildung, welche immer wichtiger werden. Dazu gehört für mich, auch das bilinguale Schulsystem zu fördern.

Neben der Politik engagiere ich mich auch in verschiedenen Vereinen für den Erhalt unserer Kultur. Kultur ist für

mich das Rückgrat einer Gesellschaft. Da ich schon acht Jahre lang Gemeinderätin bin und auch für die Kultur zuständig war, stelle ich fest, dass Kultur die Gemeinden zusammen wachsen lässt. Die Geselligkeit hilft unüberbrückbare Differenzen zu überwinden und gemeinsame Ziele zu finden. Sie lässt Streit und Uneinigkeit in den Hintergrund rücken. Was für die Gemeinden zählt, gilt auch für die Schweiz. Darum möchte ich auch hier mitgestalten können. Ausserdem habe ich durch meinen Beruf erfahren können, dass die Kultur bei der Integration von Flüchtlingen und Migranten hilft. Viel-

leicht lassen sich damit in Zukunft gewisse Probleme lösen?

Forschung und Entwicklung – unser grosses Potential – zu stärken, gehört ebenfalls zu meinen Zielen. In der Schweiz sollte die Zusammenarbeit von Unternehmen, Universitäten und Fachhochschulen noch mehr gefördert, verbessert und gestärkt werden. Ich bin überzeugt, dass aus dieser Symbiose potentielle, neue und lukrative Märkte entstehen können.

Neben all dem möchte ich den Kanton Freiburg, vor allem aber auch den Sen-

sebezirk, in der Schweiz noch bekannter machen und stärken.

Ich bin nicht nur Lehrerin, sondern habe auch eine Ausbildung als Unternehmerin. Dies erlaubt mir soziale Themen wie Bildung, Gesundheitswesen, soziale Versicherungen und Kultur auch aus einem anderen Blickwinkel zu sehen und dadurch andere Lösungen zu finden. Deswegen wäre ich eine gute Vertreterin im Nationalrat.

Isabelle Portmann,
Gemeinderätin Tentlingen

Wenn die Politik den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen entzieht

Der Bundesrat und das Parlament haben beschlossen die EU-Waffenrichtlinien zu übernehmen, obwohl sie keinen Sicherheitsgewinn bieten, und sie damit das Ende des Breitenschiesssportes einläuten. Um bei der EU keinen Widerstand zu riskieren, wollen sich Bundesrat und Parlament einem Gesetz fügen, das gar nie hätte verabschiedet werden dürfen. Dieses neue Gesetz ist nutzlos. Die EU begründet ihre Waffenrichtlinie mit der Notwendigkeit von Massnahmen gegen die aktuelle Terrorwelle. Seit Beginn wurde aber noch kein einziger Anschlag mit einer Legalwaffe verübt. Die Terroristen brauchen

Bomben, Lastwagen, und andere Gegenstände um ihre grausamen Attentate zu verwirklichen. Mit Hilfe von Bundesrat und Parlament will nun die EU unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern den Waffenbesitz verbieten und eine unnötige Bürokratie-Lawine auslösen. Es würden unverhältnismässig hohe Kosten für neue Informatik entstehen und die kantonalen Polizeikörper mit nutzlosen Schreibtischarbeiten beauftragt. Und einmal mehr typisch: Die EU befiehlt und die Schweiz zahlt! Das Entwaffnungsdiktat der EU ist ungerecht, freiheitsfeindlich, nutzlos, gefährlich und antischweizerisch und

verhindert vor allem keine Terroranschläge. SP und Grüne begrüssen den Übergriff aus Brüssel, weil es ihre eigenen Entwaffnungswünsche erfüllt. Vor acht Jahren erlitten sie mit ihrer «Schutz vor Waffengewalt»-Initiative Schiffbruch an der Urne, und nun wollen sie ihre radikalen Forderungen am Volk vorbei ins Gesetz schreiben. Bei Ablehnung der neuen Waffenrichtlinie würde das Schengen/Dublin-Abkommen unter Beschuss geraten. Dies ist ein weiteres Scheinargument. Denn nicht einmal alle EU-Staaten haben die neue Richtlinie übernommen. Warum sollte es die Schweiz tun?

Ferner muss man sich die Frage stellen, warum die Linke ein Rahmenabkommen torpediert, ja nicht einmal eines Gesprächs bereit ist, und dabei die bilateralen Verträge aufs Spiel setzen? Das nimmt die Linke ohne Wenn und Aber in Kauf?

■ **Mit der Übernahme der EU-Waffenrichtlinien gefährdet man Schweizer Traditionen und ersetzt «pragmatisches» Schweizerrecht durch diktatorisches**



EU-Recht. Damit will man unbescholtene Waffenbesitzer drangsalieren und den beliebten Schiesssport zu Grabe tragen. Daher: NEIN zum Entwaffnungsdiktat der EU!

Ruedi Vonlanthen, FDP-Grossrat
OK-Präsident 30. Freiburger Kantonschützenfest 2019 im Sensebezirk

Delegiertenversammlung FDP Schweiz



Nicolas Bürgisser und Karin Schneider-Burkhalter zusammen mit der neuen Bundesrätin Karin Keller-Sutter an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 12. Januar 2019 in Biel.

Wir rechnen Ihren Erfolg

axalta
Treuhand AG

Wirtschaftsprüfung
Buchführung
Unternehmensberatung

Duensstrasse 1
CH-3186 Düringen
Tel +41 26 505 11 11
Fax +41 26 505 11 12
info@axalta.ch
www.axalta.ch

TREUHAND • TREUHAND SUISSE

Fasel für VW zu Fasel
Düringen

AEBI-KADERLI
GARTEN-CENTER

Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera I
CH-3186 Düringen FR

Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

transauto *it's clean.*

Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitoi.ch
WC-Kabinen
Cabines WC

www.trans-auto.ch

Grafik - Druck -
Beschriftung - Verpackung

sensia

www.sensia.info - Düringen

printed in
switzerland

schaller wohnen
möbel vorhänge bodenbeläge teppiche polsterwerkstätte

schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 flammatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch

Garant für gutes Wohnen

Der unvollendete Autobahnanschluss

Chronologie

Der Broschüre «Düdingen von A bis Z», Ausgabe 2010, kann entnommen werden, dass der Bau der Autobahn A12 in den 70er Jahren realisiert wurde. Die durchgehende Eröffnung Bern–Vevey erfolgte 1981. Der damals amtierende Gemeinderat hat sich vehement für einen Autobahnanschluss in Düdingen eingesetzt, weil er erkannt hat, dass ein solcher Anschluss Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung ist.

Bundes von der Gemeinde vorfinanziert und bei der Erstellung der Verbindungsstrasse zurückerstattet. Die Gemeindeversammlung stimmte dem Kredit unter den gegebenen Umständen zu.

Die Kapazitäten unserer Strassen basieren auf Verkehrsaufkommen der 1970er-Jahre und stossen immer mehr an Grenzen. Verkehrsstaus, Lärm und Abgase belasten mehr und mehr unsere Dörfer. Mit der «Verkehrsstudie

Es geht vorwärts...

Im MB vom Februar 2011 informierte der Gemeinderat, dass die öffentliche Auflage der Verbindungsstrasse Birch–Luggwil noch in diesem Jahr erfolgen soll. Den Entwicklungsperspektiven für Arbeitszonen in Düdingen (MB Februar 2011) kann entnommen werden, dass die Arbeitszone Birch insgesamt eine Fläche von rund 200000m² umfasst, davon sind ca. 125000m² eingezont und 80–90000m² sofort verfügbar. Eine Ansiedlung von Betrieben sei vor der Inbetriebnahme der Verbindungsstrasse Birch–Luggwil erheblich eingeschränkt, da das zu erwartende Verkehrsaufkommen nicht absorbiert werden kann.

Laut den Legislaturzielen 2011–2016 war der Gemeinderat weiterhin zuversichtlich und liess verlauten: Projektauflage Ende 2013, Baubeginn voraussichtlich 2016. Effektiv lag das Projekt dann vom 28. Februar bis 31. März 2014 öffentlich auf.

aufgelegt und wie zu erwarten war sind diverse Einsprachen eingegangen.

Die Einspracheverhandlungen werden vom Generalsekretariat GS-UVEK geführt und sind bis dato nicht erledigt. Aus dem Protokoll der letzten Verhandlungsrunde mit den Bundesämtern (ASTRA, ARE, BLW) vom 4. Dezember 2018, welches dem Schreibenden vorliegt, geht hervor, dass die Umfahrungsstrasse Düdingen vom Projekt der Verbindungsstrasse Birch–Luggwil getrennt wird. Es wurde festgehalten, dass die Verbindungsstrasse aus Gründen der Sicherheit (Rückstaugefahr auf der Autobahn) und wegen der besseren Leitung der Verkehrsströme unbestritten sei. Die geplante Streckenführung wurde aber in Frage gestellt wegen fehlender Alternativen zum Verlust von 5ha Fruchtfolgeflächen. Das ASTRA wurde aufgefordert, allfällige Varianten aufzuzeigen und zu erläutern, leider ohne Terminvorgabe.



Der kantonale Richtplan, der im Jahr 2002 in Kraft trat, legt die Arbeitszone Birch als Entwicklungsschwerpunkt von kantonalen Bedeutung fest. Da der Autobahnanschluss Richtung Norden bis dato nicht realisiert wurde, gilt die Arbeitszone bis heute als nicht erschlossen. An der Gemeindeversammlung vom 14. Mai 2009 orientierte der Gemeinderat, dass der Bund diesen Anschluss mit der Realisierung der Verbindungsstrasse Birch–Luggwil erstellen wird. Er sieht vor, das diesbezügliche Planungsdossier 2009 öffentlich aufzulegen und die Strasse in den Jahren 2010–2012 zu realisieren. In diesem Kontext stellte der Gemeinderat der Gemeindeversammlung ein Kreditbegehren über CHF 6,8 Mio. für die Erschliessung der Arbeitszone Birch vor. Dieses Erschliessungsprojekt ist eng mit der Planung der Verbindungsstrasse verknüpft, so dass Strassengestaltung, Langsamverkehrsachsen, Kanalisationen und Rückhaltebecken aufeinander abgestimmt sind. Laut Antrag des Gemeinderates wird der Kostenanteil des

Unteren Sensebezirk» die im MB vom Juni 2009 publiziert wurde, reagierte der Staatsrat auf diverse Postulate der Grossräte Markus Bapst/Armin Haymoz (2001); Christine Buillard-Marbach/Nicolas Bürgisser (2003) und einer Anfrage von Ursula Krattinger-Jutzet im Jahre 2008. Die Studie favorisierte unter diversen Varianten klar eine Umfahrungsstrasse Düdingen mit Verbindungsstrasse Birch–Luggwil. Zudem sieht sie zur Entlastung von Bösing, Flamatt und Schmitten einen zusätzlichen Autobahnanschluss in Friseneit vor. Den Freiburger Nachrichten vom 3. Oktober 2018 konnte entnommen werden, dass zwischen den Untertalgemeinden ein Disput über die Notwendigkeit einer weiteren Studie zum Verkehr im unteren Sensebezirk entbrannt ist. Wie der Oberamtmann richtig bemerkte, muss der Sensebezirk gegen aussen geschlossen und einstimmig auftreten. Wenn nicht, können Bundes- und Kantonsämter alle Verzögerungen uns Senslern in die Schuhe schieben, da wir uns ja nicht einig seien.

...oder doch nicht?

An der Gemeindeversammlung vom 13. Oktober 2014 informierte der Gemeindepräsident, Kuno Philipona, dass der Bund aufgrund der eingereichten Einsprachen das Projekt zurückgezogen habe. Unter anderem hatte auch die Gemeinde Einsprache erhoben, was im Nachhinein vielleicht nicht klug war. Doch der damalige Gemeindeingenieur konnte den Gemeinderat überzeugen, dass eine Einsprache wichtig und richtig sei. Laut Philipona will das betreffende Bundesamt die Einsprachen in ein überarbeitetes Projekt einfliessen lassen und bis 2016 eine Neuauflage erarbeiten. Im Tätigkeitsbericht 2016 des Gemeinderates war zu lesen, dass die Neuauflage voraussichtlich Mitte 2017 erfolgen wird. Im selben Jahr hat der Bund dem Kanton und der Gemeinde eine Finanzierungsvereinbarung vorgelegt, aus welcher ersichtlich ist, dass der Bund die Ausführung und Finanzierung übernimmt. Effektiv wurde das überarbeitete Projekt im Mai 2017 neu

Wo ein Wille so auch ein Weg

Es liegt nun am Gemeinderat von Düdingen, dem Oberamtmann, den Gross- und Gemeinderäten im ganzen Bezirk, aber auch an uns Senslerinnen und Sensler solidarisch und gemeinsam die Verkehrsprobleme anzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Nur so können wir gegen aussen den nötigen Druck aufbauen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Verantwortlichen von Bund und Kanton die Anliegen unserer Region hinten anstellen. Zudem kann der Gemeinderat von Düdingen, in Zusammenarbeit mit dem Generalrat, zur dringenden Entlastung der Ortsdurchfahrt selber aktiv werden. So können zum Beispiel die Entflechtung von langsamem und motorisiertem Verkehr im Dorfzentrum oder die Verlängerung der Bahnunterführung bis zum Bahnhofzentrum selber in die Hand genommen und vorangetrieben werden.

Franz Schneider
Präsident des Generalrates von Düdingen

Crottet AG
3186 DÜDINGEN TEL. 026 492 90 90

Elektro-Installationen	Lichtplanung
Telekommunikation	Elektro-Fachgeschäft
Steuerungen/Schaltanlagen	Reparaturen / Service

Rudolf Vonlanthen
Generalagent

vaudoise

Vaudoise Versicherungen
Rue St-Pierre 18, CH-1701 Freiburg
T 026 347 18 18, Direktwahl 026 347 18 20
F 026 347 18 19, M 079 679 29 57
rvonlanthen@vaudoise.ch, www.vaudoise.ch
Versicherungsvermittler FINMA Nr. 16350

WSM
Walter Stähli
Felsenegg 6
3184 Wünnwil
026 496 48 40

Mechanik & Sicherheitstechnik
Kassen- / Feuerschutzschränke

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

RIEDO CLIMA
www.riedoclima.ch

Düdingen Bulle Bern
Flamatt Neuchâtel Port

Säumige Zahler?

HELVETICUM
Inkasso SA-AG

Rue de Romont 12 Tel 026 347 58 58
1701 Fribourg www.helveticum-inkasso.ch

FDP
Die Liberalen

STERNHAUS DÜDINGEN AG

Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

Wir haben was Sie suchen.

LEHMANN
Düdingen | www.lehmann.info

Düdingen am Scheideweg – oder es gibt nur günstigen Wind für den, der weiss, in welche Richtung er segeln will?

Vom Bauerndorf zur städtischen Agglomerationsgemeinde



Es ist offensichtlich: Düdingen hat sich in den vergangenen 30 Jahren von einem grossen und stolzen Bauerndorf zu einer pulsierenden Agglomerationsgemeinde entwickelt und wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren die Grösse einer Stadt erreichen. Dies zeigt sich in der Verkehrsentwicklung, d.h. mit anderen Worten in den täglichen Staus entlang der Hauptstrasse oder an der in den letzten zwei Jahren ungebremsten und rasanten Bautätigkeit. Alte Liegenschaften mit

grossen Grünflächen werden durch moderne, verdichtete Mehrfamilienhäuser ersetzt, ganz neue Quartiere mit jeweils mehreren hundert Wohnungen entstehen im Bereich des Bahnhofs (Düdingen plus) und im Brigli. Düdingen weist heute knapp 8000 Einwohner auf. In wie vielen Jahren werden wir die magische Grenze von 10000 erreichen und offiziell zur Stadt mutieren?

Gouverner c'est prévoir oder regieren bedeutet vorausschauen

Das Leitbild zur Revision der Ortsplanung von Düdingen stammt aus dem Jahre 2007 und ist nur bis ins Jahr 2020 gültig. Es gibt somit heute keine politisch ausdiskutierte Vision, wie und wohin sich Düdingen in den nächsten 10 Jahren entwickeln soll. Der Gemeinderat war bisher auch nicht wirklich willens, diese Arbeiten zusammen mit den politischen Parteien und Gruppierungen an die Hand zu nehmen, obwohl sich wirklich zentrale Fragen stellen:

- ◆ Wie soll die Gemeindeorganisation zukünftig aussehen und den neuen Herausforderungen angepasst werden? Mit einem Gemeinderat mit 5

oder 7 Mitgliedern? Mit welcher Ressortverteilung?

- ◆ Wollen wir eine ungebremste Entwicklung der Einwohnerzahlen? Oder soll Düdingen auch zukünftig einen dorffähnlichen Charakter aufweisen?
- ◆ Wie gehen wir mit dem schon heute zu den Hauptzeiten kaum mehr zu bewältigenden Verkehr im Dorfzentrum um? Eine neue Studie zeigt dazu deutlich auf, dass dieser in wenigen Jahren ohne Gegenmassnahmen stillstehen wird, d.h. dass wir im Dorfzentrum Dauerstau haben werden.
- ◆ Reicht die heutige öffentliche Infrastruktur aus (Versorgung und Entsorgung, Wassernetz und das Abfuhrwesen), die Schulhäuser, die ausserschulische Kinderbetreuung, die medizinische Versorgung mit Ärzten, die Wohnplätze für das Alter, der Friedhof u.s.w., um nur einige zu nennen, um das ungebremste Wachstum in Düdingen aufzufangen?
- ◆ Welche Investitionen sind dazu nötig und wie können wir uns dies leisten?
- ◆ In welchen Netzwerken und Gemeindeverbänden will und muss sich Düdingen strategisch positionieren?

In der Agglomeration Freiburg, obwohl die Dündingerinnen und Dündinger dies schon zweimal an der Urne ablehnten und zuletzt den Austritt forderten? In einer neuen, anderen und für deutschsprachige Gemeinden aktiveren und flexibleren Agglomeration? Oder in der Region Sense, der sog. Hauptstadtregion?

- ◆ Und wie soll künftig – in einem städtischen Umfeld – die öffentliche Sicherheit gewährleistet werden? Braucht es dazu eine Gemeindepolizei?

Sie sehen es, liebe Leserinnen und Leser, liebe Dündingerinnen und Dündinger, der Gemeinderat ist gefordert und in der Pflicht, diese brennenden Fragen zusammen mit den Parteien und Gruppierungen an die Hand zu nehmen und politisch ausdiskutierte und somit von der Bevölkerung getragene Konzepte und Lösungen vorzuschlagen. Dies aus Liebe zu Düdingen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Benjamin F. Brägger,
Generalrat Fraktions- und Parteipräsident
der FDP Düdingen

Schulausflüge und Schulmaterial – wer soll denn das bezahlen?

Seit geraumer Zeit schwebt über den Schulen des Kantons Freiburg die Unsicherheit betreffend der Schulausflüge. Gemäss Bundesgericht dürfen die Eltern der Schülerinnen und Schüler nicht mehr für schulische Angelegenheiten zur Kasse gebeten werden, sofern diese obligatorisch sind. Ein durchaus vertretbarer Entscheid, der aber auch ausgewogen umgesetzt werden muss.

Der Staatsrat des Kantons Freiburg sowie der Grossrat werden sich wohl für die Variante von CHF 75.– pro Schüler entscheiden und dabei kommunizieren, dass dies die Hälfte der jeweiligen Budgets ausmachen wird. Als Schulpräsident der Gemeinde Heitenried kann ich das so leider nicht bestätigen. Der Vollkostenbeitrag für die schulischen Aktivitäten betragen mehr als CHF 200.– pro Schüler. Die Gemeinden des Kantons Freiburg werden somit erneut zur Kasse gebeten, während der Kanton immer bessere Finanzergebnisse realisiert und seine Ausgaben in anderen Belangen aus der Bildung erhöht. Auch in anderen schulischen Bereichen spart sich der Kanton auf Kosten



der Gemeinden weiter, während die Auflagen immer grösser werden. Der Schwimmunterricht im neuen Lehrplan zum Beispiel kann von vielen Gemeinden nicht durch ein eigenes Hallenbad realisiert werden, weshalb spezielle Schülertransporte anfallen. Die Kosten hierfür trägt die Gemeinde. Die Schulwegsentschädigung oder der Schultransport ist für die Gemeinden obligatorisch, die Kosten trägt hier ebenso die Gemeinde selbst.

Die Kantonsregierung hatte sich damit gebrüstet die Kosten für die Schulbücher zu übernehmen. Das Resultat ist jedoch, dass der Katalog der vom Staat Freiburg übernommenen Lehrmittel nicht alle Bücher abdeckt, weshalb auch hier für die Gemeinde Restaufwände anfallen.

Mit dem grössten Posten werden wir jedoch erst noch konfrontiert. Während die Schüler aufgrund des neuen Lehrplans viel mehr mit Informatik arbeiten sollen, werden die Gemeinden verpflichtet Tablets, Laptops und eine besonders gute IT-Infrastruktur anzuschaffen. Auch hier werden die Gemeinden mit den Kosten alleine gelassen.

Seitens des Kantons wäre ein Umdenken sehr zu begrüssen: Sparsames Haushalten mit den finanziellen Möglichkeiten ist wichtig. Wenn diese aber einfach auf die nächst tiefere Stufe verschoben werden, dann ist dies kein Grundstein für eine positive Zusammenarbeit zwischen Kantonsbehörde und Gemeinden.

David Rauber, Gemeinderat Heitenried

Impressum

FDP Sense:

Postfach 266, 3186 Düdingen,
www.fdp-sense.ch

Impuls:

Sabine Brägger-Stauffer,
E-Mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:

Sensia AG, Bonnstrasse 22,
3186 Düdingen,
E-Mail: office@sensia.info

Druck:

Sensia AG, 3186 Düdingen

Auflage:

20200 Ex., 3 Ausgaben pro Jahr,
mit aktuellen Themen
zu Abstimmungen und Wahlen

Agenda

30.1.2019 Traditionelles Fondue-Essen, Wünnewil-Flamatt

26.4.2019 SRF-Besuch «Arena» in Zürich

14.5.2019 GV FDP Sense und DV FDP Bösingen in Bösingen

16.6.2019 Fête de la liberté, Hostellerie Schwarzsee